

Märkische Oderzeitung

Eberswalde
Mittwoch, 22. Februar 2023 A 7604

Barnim-Echo

1,90 €
34. Jahrgang · Nr. 45

Blick ins Blatt

Anonyme Vorwürfe werden diskutiert

Eberswalde. Die im vorigen Jahr in zwei anonymen Briefen erhobenen Vorwürfe gegen den ranghöchsten Brandschützer von Eberswalde haben ein weiteres Mal die Stadtpolitik erreicht. **Seite 13**

Politik unterstützt Foodsharing-Initiative

Eberswalde. Viele Lebensmittel werden weggeworfen. Eine Initiative will das ändern und erfährt großen Zuspruch von den Stadtverordneten in Eberswalde. Sie wäre erst die zweite teilnehmende Stadt im Land. **Seite 15**

Der Aufsteiger als Liga-Primus der Gejagte

Schöneiche/Klosterfelde. Mit zwei Spielen erfolgt am Freitagabend der offizielle Rückrundenstart in der Fußball-Brandenburgerliga. Als Spitzenreiter ist Germania Schöneiche der Gejagte. **Seite 21**

Geschäfte schließen, Abholstationen öffnen

Peking. Ein Unternehmen setzt künftig nicht mehr auf Geschäfte, sondern auf Abholboxen. Kundinnen und Kunden können sich ihre Waren im Internet bestellen und an einer Paketstation abholen. **Seite 6**



Liegt im Trend: das Bestellen über das Internet *Foto: dpa*

Bobic klagt vor Gericht gegen seine Kündigung

Berlin. Ex-Geschäftsführer Fredi Bobic wehrt sich nach Angaben des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg gegen seine Entlassung bei Hertha BSC und hat eine Kündigungsschutzklage eingereicht. **Seite 22**



Fredi Bobic (links) und Hertha-Präsident Kay Bernstein *Foto: dpa*

Das Wetter

Seite 8



So erreichen Sie uns:
Kundenservice 0335 665995-57
kundenservice@moz.de
Anzeigen 0335 665995-56
MOZ-Shop 0335 665995-59
Leserreisen 0335 5530-414
Lokalredaktion 03334 202950
eberswalde-red@moz.de
Karl-Marx-Platz 11,
16225 Eberswalde



Nützlich und bunt am Wegesrand

Zwei Passantinnen schieben auf dem Wanderweg im Park am Weidendam in Eberswalde einen Kinderwagen an der Trenntoilette vorbei, die

dort im Juli 2020 aufgestellt wurde. Die Zahl dieser öffentlichen Bedürfnisanstalten soll in der Barnimer Kreisstadt weiter aufgestockt werden.

Die Entscheidung der Rathausspitze fiel für ein wirtschaftlich zumutbares und ökologisch vorbildliches Modell. **Seite 17** *Foto: Sven Klamann*

Kommentar

Guido Bohsem
zu Putins Rede
zur Lage der Nation



Kein Anlass zur Hoffnung

Der Westen trägt die Schuld am Krieg in der Ukraine, der natürlich gar kein Krieg ist, sondern eine Spezialoperation. Der Westen hat dort die Nazis an die Macht gebracht, so wie er auch Hitler an die Macht gebracht habe. Russland trete dieser Aggression lediglich entgegen: Wer erwartet hätte, dass der russische Präsident Wladimir Putin ein Jahr nach dem Überfall auf die Ukraine seinen Kurs ändern würde, sah sich nach der Rede zur Lage der Nation enttäuscht. Putin weicht kein Jota von der offiziellen russischen Linie ab, die seit Kriegsbeginn gilt. Russland wehrt sich, indem es die Ukraine überfällt.

Leider macht Putin damit auch die Hoffnung zunichte, er werde sich womöglich für eine Friedensinitiative offen zeigen. Auf die entsprechende Ankündigung Chinas jedenfalls ging er nicht ein. Im Gegenteil: Er kündigte die Aussetzung des letzten verbliebenen Atomwaffenabkommens mit den USA an. Putins Worte deuten darauf hin, dass er den Konflikt mit aller Macht fortsetzen und zu seinen Gunsten beenden will. Das Ziel scheint dabei auch weiterhin der Sturz der ukrainischen Regierung zu sein. Das lässt das Schlimmste für das zweite Kriegsjahr befürchten.

Warnung vor Tarifrunde

Ver.di Gewerkschaft droht mit Ausweitung und Urabstimmung.

Berlin. Die Gewerkschaft Ver.di hat vor der zweiten Verhandlungsrunde im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes vor einer Ausweitung der Streiks gewarnt. Es müsse „substantielle Vorschläge“ zur Lösung des Tarifstreits geben, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende Frank Werneke der „Rheinischen Post“. „Alles andere wäre sehr enttäuschend und würde eine Ausweitung der Warnstreiks nach sich ziehen.“ Wenn die Verhandlungen in der dritten Runde Ende März scheitern sollten, komme eine Urabstimmung in Betracht, sagte Werneke weiter. *dpa*

Putin setzt Vertrag mit USA zur atomaren Abrüstung aus

Konflikt Seit einem Jahr führt Russland Krieg gegen die Ukraine. Kremlchef Putin erstattet nun Bericht – und setzt den letzten großen atomaren Abrüstungsvertrag aus.

Kurz vor dem Jahrestag des Ukraine-Kriegs hat Russlands Präsident Wladimir Putin die Aussetzung des letzten großen atomaren Abrüstungsvertrages namens „New Start“ mit den USA angekündigt. Das sagte Putin am Dienstag in Moskau in der Rede zur Lage der Nation. Putin warf dem Westen vor, Russland „ein für alle Mal erledigen“ zu wollen und machte ihn „voll“ für die Eskalation in der Ukraine verantwortlich. „Sie haben den Krieg losgetreten“, sagte er Richtung Westen.

Einmal mehr erklärte Putin, in der Ukraine sei ein „Neonazi-Regime“ an der Macht. Die „militärische Spezialoperation“ – wie Moskau den Krieg bezeichnet – werde fortgesetzt. „Schritt für Schritt, sorgfältig und konsequent, werden wir die vor uns liegenden Aufgaben lösen.“ Der 70-Jährige kündigte auch eine Modernisierung der russischen Armee an. Durch die westlichen Sanktionen wegen des Kriegs habe sich Russland nicht erschrecken lassen, betonte Russlands Präsident in seiner Rede.

Der Abrüstungsvertrag „New Start“ ist das einzige verbliebene große Abkommen zur Rüstungskontrolle zwischen USA und Russland. Er begrenzt die Atomwaffenarsenale beider Länder auf je 800 Trägersysteme und je 1550 einsatzbereite Sprengköpfe und regelt gegenseitige Informations- und Kontrollpflichten. US-Außenminister Antony Blinken nannte die Entscheidung Moskaus „unglücklich und unverantwortlich“. Mit Blick auf die russische Offensive in der Ukraine sagte er, wenn diese ungeahndet blei-

be, werde „die Büchse der Pandora“ für eine Welt geöffnet, „in der Macht bestimmt, was Recht ist“.

Am Abend gab das russische Außenministerium dann bekannt, dass sich Russland trotz der von Präsident Wladimir Putin angekündigten Entscheidung, das New-Start-Abkommen mit den USA auszusetzen, weiterhin an die Begrenzung seines Atomwaffenarsenals im Rahmen des Abrüstungsabkommens halten werde. *dpa/afp*

Kommentar
Themen des Tages Seite 2

Morddrohungen gegen Julia Schmidt

Grüne Ehemalige Landesvorsitzende aus Hohen Neuendorf erstattet Anzeige.

Potsdam. Die ehemalige Landesvorsitzende der Grünen, Julia Schmidt, hat eine Morddrohung erhalten. Wie die Polizei gegenüber dieser Zeitung bestätigte, ging die anonyme Post über die Sozialen Medien ein. Die 29-Jährige aus Hohen Neuendorf (Oberhavel) ist in den Sozialen Netzwerken – und insbesondere auf Twitter – sehr aktiv. Wie eine Sprecherin des

Polizeipräsidiums Brandenburg erklärte, ermittelt das Landeskriminalamt (LKA). Weitere Informationen gebe es aus ermittlungstaktischen Gründen nicht. Auch nicht, ob es besondere Schutzmaßnahmen für die junge Politikerin gebe. Zuvor hatte der Tagesspiegel mit Bezug auf Parteikreise der Grünen in Brandenburg berichtet. Am vergangenen Sonnabend hatte Ju-

lia Schmidt über Twitter erklärt, dass sie gegenüber dem Landesvorstand ihren Rücktritt erklärt habe.

Laut einer Mitteilung des Landesvorstandes war der Politikerin am Freitagabend das Vertrauen entzogen worden. Sie sei einstimmig zum Rücktritt aufgefordert worden. Die Rede war von „wiederholten Fällen untragbaren Fehlverhaltens“. „Wir

haben in den letzten Wochen und Monaten immer mehr den Eindruck gehabt, dass Julia vor allem in eigener Sache unterwegs ist und nicht in Sachen des Landesverbands“, hatte die Landesvorsitzende Alexandra Pichl ihr vorgeworfen.

Hinter den Kulissen in Potsdam wird nun über die Rücktrittsrunde spekuliert. *cd/thi* **Seite 9**

Ballon-Hund zu verfetten

Es ist Zeit, mal wieder an die Fettecke des Großkünstlers Joseph Beuys zu erinnern. Sie wurde bekanntlich 1986 vom Hausmeister der Düsseldorfer Kunstakademie wörtlich genommen und größtenteils entfernt. Das war ein großer Verlust für die Kunstwelt und eine größere Freude für Menschen, denen Beuys' Kunst nicht unbedingt einleuchtete. Dem Hausmeister sei Dank, entwickelte sich die Fettecke zum bekanntesten Werk des Künstlers. Weniger bekannt ist, dass die Ecken-Reste 2014 eingeschmol-

zen wurden und sich in etwas Neues verwandelten.

In etwas Neues hat auch vor Jahren eine 80-jährige Rentnerin im spanischen Borja das Kirchenfresko „Ecce Homo“ verwandelt. Sagen wir so, der dargestellte Jesus sah danach nicht mehr ganz so aus, wie ihn der Künstler erschaffen hatte und ähnelte einem Monchichi. Das brachte der hilfsbereiten alten Dame sehr viel böse Häme ein.

Wie es für eine Besucherin der Kunstmesse in Miami aus-

gehen wird, ist noch offen. Die Dame hatte einen Ballon-Hund des US-Künstlers Jeff Koons versehentlich vom Ausstellungs-Sockel gestoßen. Der Hund zerbrach in viele Stücke (Bild) und der Jammer ist noch größer als der Schaden, der 40.000 Euro betragen soll. Nun fragt sich, was mit den Resten geschieht. Vielleicht lassen sich die Teile mit dem Eckenfett aus Düsseldorf wieder zusammensetzen. Die Dame aus Spanien hätte sicher Zeit. *Guido Bohsem*



Israel Umstrittene Reform gebilligt

Jerusalem. Trotz wochenlangem Proteste hat die rechtsgerichtete Regierung in Israel zentrale Teile einer umstrittenen Justizreform gebilligt, die nach Einschätzung von Kritikern die Gewaltenteilung in Israel untergräbt. Eine Mehrheit stimmte dafür, dass die Regierung mehr Macht im Komitee zur Auswahl von Richtern erhält. UN-Menschenrechtskommissar Volker Türk äußerte sich besorgt um die Menschenrechte und den Rechtsstaat in Israel. *dpa*

DAS GIBT'S AUCH NOCH

Oslo. Der norwegische König Harald V. hat zu seinem 86. Geburtstag ein ganz besonderes Geschenk erhalten. Die Angestellten des Hofes in Oslo schenken ihm zu seinem Ehrentag sein früheres Motorrad, das er vor 70 Jahren zu seinem 16. Geburtstag bekommen hatte. Sein Vater, der damalige Kronprinz und spätere König Olav V., hatte es ihm geschenkt. Im vergangenen Jahr hatte Harald während eines Rundgangs über das Osloer Schlossgelände, auf dem eine Fahrzeugausstellung stattfand, gefragt, ob jemand wüsste, wo eigentlich sein allererstes Motorrad – eine Husqvarna 30 Sport – abgeblieben sei. *dpa*